

## SOWJETZONE

### Zur Wirtschaftslage der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Winter 1956/57

In Pankow begann in diesem Jahr die Demaskierung schon lange vor dem Aschermittwoch mit der „selbstkritischen“ Zerstörung von lange gepflegten Illusionen, der Zurückziehung der bisher gültigen Wirtschaftspläne und dem praktischen Eingeständnis einer schweren Planwirtschaftskrise. Schon die unmittelbaren Auswirkungen der polnischen und ungarischen Ereignisse auf die Wirtschaft der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und auf die Funktionsfähigkeit der Zusammenarbeit im Ostblock hatten erkennen lassen, daß der dadurch ausgelöste Schock erst noch kommen würde. Nun ist er da, und keiner der prominenten Redner des Zentralkomitees kann ihn verbergen. Die anmaßende Behauptung, daß nur die von den Sowjets praktizierte Wirtschaftsordnung eine krisenfreie, anhaltende Aufwärtsentwicklung garantiere, ist in Mitteldeutschland nunmehr zum zweiten Male durch die rauhe Wirklichkeit widerlegt worden.

Im Sommer 1953 hatte sich die erste große Planwirtschaftskrise der SBZ — als Ergebnis des überspannten innenpolitischen Druckes, des außerordentlich verschärften Aufbaus des sowjetsozialistischen Systems und der völligen Verkennung der vorhandenen und zu geringen Grundlagen für das Investitionsprogramm — an dem Versuch entzündet, die Lohntüten der Arbeiter zu beschneiden. Damals konnte man nach schweren inneren Kämpfen mit dem Märchen vom „neuen Kurs“ und dank einer spürbaren sowjetischen Wirtschaftshilfe noch gerade über die Runden kommen, allerdings nicht ohne eine einschneidende Revision des ersten Fünfjahresplanes.

Die jetzige Krise unterscheidet sich von der damaligen dadurch, daß das Ausfallen Polens und Ungarns als Ostblock-Wirtschaftspartner in der SBZ-Wirtschaft schlagartig die ungelösten inneren Probleme so verschärfte, daß zu ihrer Lösung die eigenen Kräfte wiederum nicht ausreichen, aber diesmal auch die von der Sowjetunion gewährte Hilfe so gering ist, daß die Schwerpunktziele des zweiten Fünfjahresplanes — das steht heute schon fest — nicht zu verwirklichen sind und die mitteldeutsche Wirtschaft in diesem Jahre nur noch „weiterwursteln“ kann.

Sprach man im August 1956 in Pankow auch mit froher Hoffnung von der überragenden Hilfeleistung des „großen Bruders“ im Osten, die die Wirtschaftsentwicklung der SBZ in des

Jahren 1957 bis 1960 in einem Umfang von 7,5 Md. Rubel befruchten sollte, so ergab sich nach den letzten Verhandlungen einer ungewöhnlich zahlreichen Delegation aus Pankow im Kreml, daß die Sowjets das damalige Versprechen nicht einhalten konnten oder wollten. Nach dem Propaganda-Aufwand für diese Verhandlungen, die wohl mehr den Charakter eines Befehlsempfanges hatten, trifft hier das Wort „der Berg kreite, und ein Mäuslein wurde geboren“ den Nagel auf den Kopf. Lediglich ein 340 Mill. Rubel-Kredit in „frei konvertierbarer Währung“, was nach sowjetischer Handhabung einem Gegenwert von 85 Mill. Dollar entspricht, und eine in ihrer Höhe nicht genau festgelegte Reduzierung der Besatzungskosten stellen die für das Jahr 1957 zu bietende Hilfeleistung dar.

Ihr Umfang ist so gering, daß man anfangs dazu neigen konnte, diese Regelung als einen aufgelegten Bluff anzusehen, dessen wahre Hintergründe den westlichen Beobachtern verschleiert werden sollten. In dieser Auffassung wurde man noch bestärkt, weil die Entwicklung der mitteldeutschen Wirtschaft im abgelaufenen Jahre nach allen Einzelberichten so planwidrig verlaufen war, daß zur Aufrechterhaltung der These Ulbrichts, daß die SBZ mit der Bundesrepublik in einen friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerb treten wolle, um möglichst bald und umfassend das „industrielle und technische Weltniveau“ zu erreichen, eine großzügige sowjetische Hilfeleistung unumgänglich erschien. Leuschners Schilderung der Wirtschaftslage der SBZ zum Jahreswechsel 1956/57 war trotz aller Verklausulierungen so illusionslos und mit seiner Mahnung an alle, „wir sollten auf diesem Gebiet, wie überhaupt, anfangen, bescheidener zu sein“, so enttäuschend für jeden moskaugläubigen Zonenfunktionär, daß man geradezu darauf wartete, daß er seine Hörer zum Schluß mit der Ankündigung einer sowjetischen Kampferspritze für die Zonenwirtschaft wieder aufmuntern würde. Aber er sagte im Gegenteil: „Wir dürfen von der Sowjetunion nicht zuviel erwarten, sie kann auch nicht alles, und die DDR ist nicht das einzige Land, dem sie helfen muß.“

\*

Wir wollen hier nicht darüber grübeln, warum die Sowjets nach den starken Erschütterungen ihres westlichen Vorfeldes im Ostblock die SBZ, das am weitesten nach Westen vorgeschobene Bollwerk des Sozialismus — wie *Ulbricht* zu sagen beliebt —, nicht besser und wirkungsvoller unterstützen. Uns genügt die Tatsache, daß sie es nicht tun, und wir haben zu untersuchen, welche Folgen sich daraus ergeben, wobei uns die letzte von *Leusebner* Anfang Februar gehaltene Rede ausgezeichnete Dienste leistet. Sie erklärt auch, warum der Volkswirtschaftsplan 1957, der laut Gesetz schon Tor Jahresbeginn hätte veröffentlicht

werden sollen, noch immer nicht fertig ist. Er mußte völlig revidiert werden, so daß in diesem Jahre —wieder — wie schon so oft — die sowjetzonale Wirtschaft ohne Plangrundlage zu arbeiten beginnen muß. Leuschner hatte schon Anfang Dezember

1956 darauf hingewiesen, daß die Rohstoffversorgung der sowjetzonalen Industrie ein ungelöstes und unter den jetzigen Bedingungen ein unlösbares Problem sei. Walzstahl, Kupfer, Steinkohle, metallurgischer Koks und Energie seien die Grundstoffe, die nicht nur bisher nicht ausreichen, sondern auch im Jahre 1957 nur ungenügend zur Verfügung stünden. Er hatte angekündigt, daß das Investitionsprogramm 1957 erheblich verringert werden müßte, weil zuerst die angefangenen und vielen unfertigen Projekte zu Ende geführt werden müßten, ehe neue Mittel investiert werden dürften. Da es an Walzstahl fehle, müsse auch der Schwermaschinenbau eingeschränkt werden, mit dem die SBZ als einer der Hauptlieferanten im Ostblock bisher die Aufbauarbeit der anderen Partner mit ermöglicht und bei den wirtschaftlich unterentwickelten Ländern als „guter Onkel aus dem Sowjetblock“ politisches Ansehen auch für den Krenl eingeheimst hatte.

Formulierte er in dieser vor den Moskauer Verhandlungen gehaltenen Rede die Dinge noch relativ zurückhaltend, so hatte er bei seiner Ansprache vor der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED, die am 6. Februar 1957 stark gekürzt veröffentlicht wurde, offensichtlich den Auftrag, den Problemen schonungslos zu Leibe zu gehen.

Die Industrieproduktion des Jahres 1956 hat den Vorjahreswert nur um 6,2 vH überstiegen, während nach dem zweiten Fünfjahrplan ein Zuwachs von rund 10 vH vorgesehen gewesen war. Für 1957 gab Leuschner den erhofften Zuwachs sogar noch niedriger an. „Wir haben uns weitgehend von übertriebenen Vorstellungen und Illusionen frei gemacht“, waren seine erklärenden Worte. Als Begründung der Wirtschaftsmisere wurde wieder auf die durch die Teilung Deutschlands für den mitteldeutschen Wirtschaftsraum hervorgerufenen „Disproportionen“ hingewiesen, die noch immer nicht überwunden seien. Er verschwieg natürlich, daß die von den Sowjets befohlene Wirtschaftsentwicklung zusätzliche Mißverhältnisse erzeugt hat, die sich jetzt in der Drosselung der Investitionen und der Schwermaschinenproduktion niederschlagen.

Als Schlüssel- und Zentralproblem bezeichnete er die Verbesserung der Brennstoff- und Energiewirtschaft. Die Steinkohle- und Koksimporte aus Polen seien so gut wie erledigt. Hieraus lassen sich auch die scharfen Presseangriffe der SED auf die neue politische Entwicklung in Polen erklären; denn der polnische Lieferungsstopp trifft die Zonenwirtschaft an einer der verwundbarsten Stellen. Nur der außergewöhnlich milde Winter, der eine wei-

terlaufende Produktion von Rohbraunkohle ermöglichte, hat den Zusammenbruch der Energiewirtschaft verhindert. Leuschners Hinweis, daß dieses Problem im eigenen Lande durch die Erhöhung der Braunkohlen- und der verschwindend kleinen Steinkohlenförderung und durch eine unter schärfster Kontrolle durchzuführende starke Drosselung des Eigenverbrauches an Kohle und Energie gelöst werden müsse, umschrieb das Eingeständnis, daß die Sowjets die von den Polen gerissene Lücke nicht füllen werden. „Wir müssen einen Weg finden, und sei er noch so mühsam und hart.“ Dieser Ausspruch und die Ankündigung »einschneidender Maßnahmen“ dürften den Ernst der Situation deutlich machen. In der Rangfolge der Bedarfsdeckung steht der Brennstoffbedarf der Bevölkerung an letzter Stelle. Sie wird also durch die neue Entwicklung am stärksten betroffen. Wie Hohn klang in diesem Zusammenhang die Beteuerung des Chefs der Plankommission, daß die Rohstoffwirtschaft der Zone entscheidend von den Lieferungen aus der Sowjetunion abhängig sei. Wollte er damit vor der Nachahmung des polnischen Beispiels warnen? Diese einseitige Abhängigkeit, die zugleich eine politische Fessel bedeutet, das ist nun das Ergebnis langfristiger sowjetischer Planwirtschaft und einer unnatürlichen Integration in einen auf Gewalt gegründeten Block von Staaten, der aus innerer Zwangsläufigkeit jetzt zu brechen begonnen hat, weil der Freiheitswille der Menschen in Osteuropa auf die Dauer stärker ist als die sowjetische Diktatur.

Obwohl — wie bereits erwähnt — der Produktionszuwachs in diesem Jahr mit weniger als 6 vH noch unter dem des Vorjahres liegen soll (wie weit ist die Zeit zurück mit den Phantasiezuwächsen der Zonenindustrie von 22,6 vH im Jahre 1951, 16,1 vH 1952, 12,1 vH 1953 und 10,2 vH 1954), forderte Leuschner alle Staats- und Wirtschaftsfunktionäre auf, dafür zu sorgen, daß zusätzlich 1 Mill. t Braunkohlenbriketts (Jahresförderung 1955 war 50,8 Mill. t), 3 Mill. t Braunkohlensiebkohle (wir würden sie als Gartenerde bezeichnen) und 0,2 Mill. t Steinkohle (Jahresförderung 1955 war 2,7 Mill. t) erzeugt werden könnten. Der Koksverbrauch müsse zugunsten eines stärkeren Einsatzes von Braunkohlensatzkoks gesenkt, die Kali-Erzeugung übererfüllt und der Chemieexport zusätzlich ausgeweitet werden, um Devisen für die dringendsten Industrieimporte flüssig zu machen. Außerdem sei die SBZ noch nicht imstande gewesen, die zum Jahresschluß 1956 bezogenen Rohstoffe zu bezahlen. Mit erhöhten Nahrungsmittelfuhren sei also im Jahre 1957 auf gar keinen Fall zu rechnen.

Was wird dann aber aus der von Ulbricht für die Aufhebung der Rationierung als Vorbedingung genannten Anhäufung von Lebensmittelreserven durch Einfuhren? Leuschner erwähnte die Aufhebung der Rationierung mit

keinem Wort. Durfte er es nicht? Wir müssen in der Diagnose der mitteleuropäischen Wirtschaftsentwicklung sehr vorsichtig sein und sind es bisher auch gewesen, aber wenn sogar amtlich zugegeben wird, daß die Lebensmittel-einführen des letzten Jahres „bei weitem nicht ausreichen“ und von „Schmerzen und Spannungen“ in der künftigen Entwicklung gesprochen wird, so daß es nur möglich sei, den „Lebensstandard Schritt für Schritt zu erhöhen“, weil der sozialistische Aufbau besonnen durchgeführt werden müßte, dann kann nur noch sehr vage mit der Beseitigung der größten Lebensmittelbewirtschaftung im Jahre 1957 gerechnet werden.

Für diese düstere Prognose sprachen auch die Erklärungen Leuschners, daß in diesem Jahre die Versorgung der Bevölkerung mit Butter, tierischen Fetten, Käse, Milch, Kaffee und Kakaoerzeugnissen sowie mit Brennstoffen (auch die Kohlenkarte ist ja noch nicht ab-geschafft) nicht verbessert werden könne und daß die Kaufkraft der Bevölkerung in diesem Jahre um mehr als 2,6 Md. DM erhöht, der Warenfonds dagegen nur um 2 Md. DM gegenüber dem Vorjahre verbessert werden würde. Dadurch wird das Mißverhältnis zwischen diesen beiden Größen noch stärker, als es bisher schon war.

\*

Nun gibt es sicher manchen, der sich an der Stabilität der wenn auch hohen Preise in der SBZ weidet und meint, daß der staatliche Preisdirigismus doch auch seine guten Seiten habe, weil er eine Preissteigerung verhindere. Bei dieser Betrachtung wird jedoch vergessen, daß Pankows marktfremde Preisunehrlichkeit in ökonomischer Hinsicht alljährlich mit steigenden Zuschüssen von mehreren Milliarden D-Mark aus dem Staatshaushalt bezahlt werden muß, die der Staat den gutgläubigen Verbrauchern als Steuerlast aufbürdet.

Pankow ist zwar bestrebt, die Subventionen allmählich abzubauen, aber es kann dies nur tun, wenn es die Preise erhöht. Bei der Erhöhung der Preise verschiedener Grundstoffe ist allerdings so verfahren worden, daß die Verarbeitungsindustrien diese neuen Preise zu Lasten ihrer Gewinnabführung an die Staatskasse auffangen mußten. Diese Methode bedeutet neben dem Abbau von Subventionen für Grundstoffindustrien zugleich einen Verzicht auf Einnahmen im Staatshaushalt, also insgesamt eine Kürzung des Etats auf beiden Seiten.

Eine neue Belastung für den öffentlichen Haushalt entsteht jedoch durch eine für die nahe Zukunft angeordnete Organisationsmaßnahme, und die ständigen Wechsel im Aufbau des Verwaltungs- und Regierungsapparates der SBZ sind ja ohnehin nicht billig. Die bis-

herige Wirtschaftspolitik „habe nicht zu einem ökonomisch günstigen Ergebnis“ geführt. Ähnliches wird von uns schon seit Jahren festgestellt, jetzt endlich gesteht es Pankow amtlich ein. Die Konsequenz ist aber nicht eine Änderung der Wirtschaftspolitik, nein, im Gegenteil ihre Verhärtung mit dem Ruf nach einem noch strafferen Kommando der Wirtschaft und nach neuen Behörden.

Man hat zwar seit einiger Zeit gewisse Befugnisse in untere Plan- und Kontrollinstanzen verlagert, und diese Verminderung des totalen Zentralismus als „Demokratisierung der Wirtschaft“ bezeichnet. Man hatte eingesehen, daß die oberste Planzentrale überfordert würde durch die zunehmende Kompliziertheit der umfassenden Planung. Man hatte die von dieser Zentrale zu planenden wirtschaftlichen Positionen daraufhin auf 440 Stück herabgesetzt und die Detaillierung dieser Grundplanung nach unten delegiert. Heute heißt es, daß die Plankommission diese Zahl unmöglich weiter senken könne, wenn auch „Neunmalklugen Zentralismus über Bord werfen wollen“. Hier werden also Widerstände innerhalb der Partei, ja vielleicht innerhalb der Ministerien selbst angedeutet. Diesen geht man dadurch zu Leibe, daß nunmehr neue und den Ministerien übergeordnete sog. zentrale Kommissionen errichtet werden sollen, die in Planung und Kontrolle für eine straffere Kommandowirtschaft zu sorgen haben. Die Minister verlieren immer mehr an Eigenbedeutung und werden zu ausführenden Organen dieser Kommissionen. Neue Ämter, neue Funktionäre, erhöhte Staatsausgaben; aber der alte Trott wird sicher bleiben.

Wie ernst die wirtschaftliche Situation selbst in Pankow angesehen wird, geht aus den verstärkten Appellen an die Leistungswilligkeit der Privatindustrie hervor, die man jetzt wieder mit steuerlichen Erleichterungen zu ködern versucht. Zugleich erklärt man — wie der Fuchs zu den angeblich sauren Trauben —: „Es wäre eine ausgesprochene Torheit, wenn wir in der DDR versuchen wollten, die kapitalistische Wirtschaft auf allen Gebieten der Technik überholen zu wollen; in der Beschränkung erst zeigt sich der Meister.“ Das sind wirklich ganz neue Töne, die mit dem bisherigen Gefasel von dem erreichten Weltniveau schlecht zusammenpassen.

\*

Auch die Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung, die Ulbricht im Sommer 1956 als großen Trumpf verkündete, hat die kritischen Stellen der Zonenwirtschaft schlaglichtartig beleuchtet und die verantwortlichen Staatsfunktionäre zu bezeichnenden Erklärungen gezwungen. Die Arbeiterschaft wünschte begreiflicherweise die Fünftagewoche und geriet in erhebliche Unruhe, als die Arbeitszeitverkürzung in den ersten Versuchsbetrieben in der

Form der täglichen Kürzung um eine halbe Stunde angeordnet wurde. Minister *Selbmann* mußte erklären, daß der Übergang von der Sechs- zur Fünftagewoche zum Zusammenbruch des Verkehrswesens und der Energiewirtschaft führen müßte. Es wäre einfach unmöglich, die gleiche Verkehrsleistung wie bisher in einer kürzeren Zeit zu gewährleisten. Dazu fehle es an 40 000 neuen Güterwagen und an mindestens einer Milliarde D-Mark zur Erweiterung des Schienennetzes und der Durchlaßfähigkeit der Bahnhöfe. Außerdem könnten die Kraftwerke nicht die erhöhte Strommenge liefern; 1,3 Md. kWh ließen sich nicht zusätzlich liefern. Er hütete sich wohlweislich, hier einen Vergleich mit der westdeutschen „Wirtschaft anzustellen!“

In der SBZ wird die Verkürzung der Arbeitszeit ohnehin nur sehr dosiert eingeführt. Ab 1. März 1957 sollen einzelne Industriezweige damit beginnen, und allmählich soll sie später auf die übrigen ausgedehnt werden, aber nur bis zur 45-Stunden-Woche. Wenige ausgesuchte Industriezweige erhalten die Genehmigung, bis 1960 bis zur 42-Stunden-Woche herunterzugehen. Neben der Verkehrs- und Stromlücke spielt dabei die Frage eine erhebliche Rolle, ob es gelingt, einen Produktionsrückgang als Folge der Arbeitszeitverkürzung zu vermeiden. Bisher konnte in kaum einem Jahre die geplante Erhöhung der Arbeitsproduktivität realisiert werden. Jetzt wird verlangt, diese Effizienz um 6,6 vH zu steigern, um die tägliche halbe Stunde Ausfall wettzumachen. Gelingt das aber nicht, dann sinkt nicht nur die Produktionsleistung, sondern dann wächst auch das Mißverhältnis zwischen Kaufkraftversorgung und Warenangebot weiter; denn die Löhne sollen ja in voller Höhe weitergezahlt werden. Wenn aber schon bisher darüber geklagt wurde, daß der unrythmische Produktionsablauf als Ausgleich erhebliche Überstunden notwendig gemacht hat, dann ist beim besten Willen nicht einzusehen, daß bei einer Senkung der normalen Arbeitszeit die Zahl der Oberstunden nicht steigt; im Gegenteil, sie wird sicher größer werden.

Während in Westdeutschland die Arbeitszeitverkürzung Hand in Hand mit dem Bestreben nach Rationalisierung und Automatisierung geht, müssen diese Pläne in der SBZ seit neuester Entwicklung sehr klein geschrieben werden. Der Maschinenbau der SBZ ist äußerst stark in das Exportprogramm eingespannt. Im Jahre 1956 entfielen z. B. 82 vH des Exports der SBZ nach der Sowjetunion auf Maschinenbauerzeugnisse gegenüber nur rund 30 vH im Jahre 1950. Nun soll aber im Jahre 1957 der Schwermaschinenbau wegen seines hohen Stahlverbrauchs stark gedrosselt werden. Welche Möglichkeiten bleiben dann noch für die Eigenproduktion, für Rationalisierung oder gar Automatisierung?

\*

Verdächtig ruhig geworden ist es um ein Projekt, das die SED im Spätherbst 1956 noch stark propagierte. Heute finden sich in der Zonenpresse keine Stellungnahmen mehr zu dem damaligen Versuchsballon der Bildung von sog.- Arbeiterkomitees in den Industriebetrieben der SBZ. Und dabei liegt darüber ein Beschluß des Zentralkomitees der SED vor, der allerdings sehr weich formuliert war, nach dem die Bildung eines Organs, „das man Arbeiterkomitee des Betriebes oder so ähnlich nennen kann“, in jedem sozialistischen Betrieb vorgesehen war. Welche Rechte und Pflichten diese Komitees haben sollten, ließ man bewußt offen und versuchte, die Meinung der Arbeiterschaft, die durch die Entwicklung in Polen sich hier persönlich angesprochen fühlte, in Diskussionen zu ermitteln. Keinesfalls durfte der Einfluß der Komitees, denen etwa gewisse Rechte bei der Produktionsberatung, der Rationalisierung, der Arbeitsorganisation, dem Erfindungs- und Vorschlagswesen, dem Prämienvorschlag und der Arbeitsordnung zugestanden werden sollten, so weit gehen, daß sie zur Gegenkraft gegen die zentralistische Planwirtschaft hätten werden können. Das jugoslawische Beispiel wurde in diesem Zusammenhange sogar stärkstens kritisiert. Die Arbeiter brachten immer wieder zum Ausdruck, daß sie eigentlich auf erweiterte Funktionen gehofft hatten und daß die angekündigten „Rechte“ dasselbe beinhalteten, was als Rechte der FDGB- und SED-Funktionäre in den Staatsbetrieben ohnehin schon existierte. Sie wiesen sogar darauf hin, daß es nicht Sinn derartiger Komitees sein dürfte, neue Verantwortliche zu benennen, die man bei Pannen festnageln könnte.

Man hört also von diesen Komitees kein Wort mehr. Das ist bei der durch die Rückkehr zum stalinistischen Kurs in der innenpolitischen Situation der SBZ verstärkten Spannung kein Wunder; denn die Wahl derartiger Komitees sollte so ablaufen, daß mehr Kandidaten als Komiteemitglieder aufgestellt werden sollten. Auch diese sehr kleine Chance für eine Art demokratischer Willensäußerung scheut das Pankower Regime, den Arbeitern und Angestellten der Zone zu geben, zumal jetzt auch Schwierigkeiten mit der „Intelligenz“ aufgetreten sind. In Polen haben vor nicht allzu langer Zeit einige Betriebe gestreikt, weil die Betriebsleitung die Prämienverteilung zum eigenen Vorteil zu manipulieren versuchte. Ein solches Beispiel könnte in der SBZ Schule machen, wenn die Arbeiterkomitees wirklichen Einfluß erhielten. Ein Grund mehr also, ihnen keine echten Befugnisse zu geben. Ulbricht fühlt sich zwischen der Bundesrepublik im Westen und der neuen Entwicklung in Polen sichtlich in die Zange genommen. Kein noch so scharfer Kurs kann aber die Risse und Sprünge im Ostblock wieder schließen. Heute bläst der Wind den Stalinisten ins Gesicht. *Walter Meier*